



Offener Brief an alle Mitglieder der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD)

München 30. Januar / 12. Februar 2019

Fest der drei Heiligen Hierarchen:

Johannes Chrysostomos, Gregorios Theologos u. Basilios d. Gr.

Eminenzen und Exzellenzen,

schmerzenden Herzens möchte ich als Erzbischof der Russischen Orthodoxen Diözese von Berlin und Deutschland (ROKA) mit diesem Schreiben zur Klärung unserer Sichtweise und der Position unserer Diözese gegenüber den gegenwärtigen Entwicklungen innerhalb der Orthodoxie beitragen.

Die Anerkennung der neuen pseudo-kirchlichen Struktur in der Ukraine und die Erteilung eines Tomos der Autonomie an dieselbe durch das Patriarchat von Konstantinopel sehen wir als einen Schritt an, der auf Jahre hinaus für sehr viel Verwirrung, Leid und Unstimmigkeiten führen wird.

Das offiziell verlautbarte Ziel des Patriarchats von Konstantinopel, eine kirchliche Einigung in der Ukraine herbei zu führen, ist nicht erreicht – vielmehr in noch weitere Ferne gerückt. Die genannten Schritte haben nicht nur den Graben zwischen den orthodoxen Gläubigen in der Ukraine vertieft und die Spaltung zementiert, sondern – wie sich nun herausstellt – innerhalb der gesamten Orthodoxen Kirche zu extremen Verwerfungen geführt. Die durch den einseitigen Schritt ausgelösten Beziehungsstörungen zwischen den Kirchen der Orthodoxen Kirchenfamilie sind gewaltig. Sie werden uns wohl noch lange begleiten.

Inzwischen wird die kirchliche Situation in der Ukraine immer alarmierender. Der kanonischen Ukrainischen Orthodoxen Kirche unter Führung ihres von allen orthodoxen Landeskirchen anerkannten Oberhauptes, des Seligsten Metropoliten von Kiew und der ganzen Ukraine, Onufrij, wird eine Namensänderung per Gesetz aufgezwungen. Ziel ist es, sämtliche Gemeinden zur Umregistrierung zu nötigen und alle Vereinbarungen und Verträge zwischen den staatlichen und kirchlichen Strukturen zu revidieren. (Man stelle sich vor, die deutsche Regierung würde verlangen, die Römisch-Katholische Kirche in Deutschland solle sich offiziell umbenennen, während der Name „Römisch-Katholische Kirche“ einer neuen, soeben ins Leben gerufenen Organisation verliehen würde). Weigert sich die Kirche jedoch, die Namensänderung durchzuführen – was logisch wäre, denn normalerweise geben sich Organisationen ja selbst den Namen und erhalten ihn nicht vom Staat – dann steht ihr mit unabsehbaren, gewiss äußerst negativen Konsequenzen der Verlust des Status einer juristischen Person ins Haus.

Gleichzeitig werden Bischöfe und Priester durch den Inlandsgeheimdienst (SBU) herbeizitiert und gedrängt, die kanonische Ukrainische Orthodoxe Kirche zu verlassen und sich der neuen Struktur anzuschließen. Klöster werden mit staatlichen Schikanen überzogen und mit Übereignung an Dritte

bedroht. Das gilt nicht zuletzt für die beiden traditionellsten und weltbekanntesten Klöster: das Kiewer Höhlenkloster und das Kloster von Počaev (letzteres ist das Ursprungskloster für das unsrige in München). Der Übernahme sollen die neueingebrachten Gesetze (№ 5309 und № 4128) dienen. Hinzu kommt: die Klöster und Kirchen sind (aufgrund der Sowjetzeit) nach wie vor in der Hand des Staates und nicht Eigentum der Kirche. Jetzt will der Staat zu eigenen Zwecken über die „Nutzer“ bestimmen, ungeachtet der genuinen Tradition. Frühzeitig beginnt in diesem Sinn eine Einschüchterungskampagne: Bereits am 29.11.2018 wurden die Gebäude durchsucht, die dem Leiter des Kiewer-Höhlenklosters, Metropolit Pavel, unterstehen. Am 05.12.2018 wurden die Diözesanbüros in Zhitomir, Korosten, Ovruch und Kiew entsprechend „besucht“. Kirchen werden von Radikalen gewaltsam besetzt. Ihre bisherigen Nutzer werden vertrieben und müssen die Gottesdienste in Privathäusern feiern. Wie ich in meiner Weihnachtsbotschaft unterstrich – diese Einschüchterungspolitik sollte wohl jeden Christen und jeden Menschen guten Willens wachrütteln.

Was die Gesamtorthodoxie betrifft, kann diesbezüglich der hier geschaffene Präzedenzfall schädlicher wohl kaum sein – es sei denn seine Zurückweisung seitens der Orthodoxen Kirchen schafft doch noch umgehend Klarheit. Der Anfang der 1990er Jahre zunächst laisierte und später sogar mit dem Anathema belegte, sich als „Patriarch“ bezeichnende Philaret (Denisenko) – dessen Verurteilung ja mehrfach vom Patriarchat Konstantinopel und persönlich vom Patriarchen Bartholomäus anerkannt und bestätigt wurde – wird knapp 30 Jahre später kurzerhand durch einen einseitigen, mit den anderen Landeskirchen nicht abgestimmten – Verwaltungsakt „wieder eingesetzt“ (zwar nicht als „Patriarch“, aber charakteristischerweise tritt Denisenko ja weiterhin zusammen mit Präsident Petro Poroschenko nur als „Patriarch“ öffentlich auf). Die sogenannte „Wiedereinsetzung“ hat Folgen: Sie dehnt sich aus auf alle unkanonischen Weihen von „Bischöfen“ und „Priestern“, die unter einem gesamtorthodox anerkannten Kirchenbann durchgeführt wurden. Und plötzlich werden ungültige Weihen gültig! Derartiges spricht jedweden gesunden Rechtsempfinden Hohn. Es bricht mit den von den Heiligen Vätern überlieferten Regeln, schlägt den konziliaren, auf gegenseitiger Anerkennung der jeweiligen Verwaltungsakte gründenden Gepflogenheiten der Orthodoxen Schwesterkirchen ins Gesicht. Und öffnet dem Chaos Tür und Tor. Desgleichen gilt für die Anerkennung von Makarij Maletič, der nie eine rechtmäßige Bischofsweihe erhalten hat, sondern mehr noch, sogar von dem damals noch rechtmäßigen Kiewer Metropoliten Philaret (Denisenko) 1989 Zelebrationsverbot erhielt, sich jedoch „verselbständigte“. Soll die Gesamtorthodoxie solche „Verselbständigungen“ und „Unabhängigkeiten“ hochachten, gar zur Norm erklären?

Und welcher politische Druck wird ausgeübt, um dennoch eine solche antikanonische, destruktive Anerkennung durchzusetzen? Hierzu erreichte uns diese Nachricht aus dem Georgischen Patriarchat: Der Leiter der Presseabteilung des Patriarchats, Erzpriester Andria Dschagmaidze charakterisierte es als „unakzeptabel“, dass auf die Orthodoxe Kirche Georgiens Druck von Seiten bestimmter inländischer Politiker und Nichtregierungsorganisationen ausgeübt wird, die neue Kirche der Ukraine anzuerkennen. „Auf unsere Kirche und unseren Klerus wird ein anhaltender Druck ausgeübt, die Bildung der neuen Kirche in der Ukraine anzuerkennen.“ – sagte er, - „Wer dies aber nicht tut, wird sofort russophiler Tendenzen beschuldigt.“ (22.01.2019)

In dieser Weise wird also eine neue quasi-kirchliche Struktur in der Ukraine erstellt. Deren Verhältnis zum gegenwärtigen ukrainischen Staat kann bedauerlicherweise wohl kaum anders, denn als Servilismus bezeichnet werden. Ihrem „Oberhaupt“ wurde im Zuge dieses Vorgehens offiziell der altehrwürdige Titel des „Seligsten Metropoliten von Kiew und der ganzen Ukraine“ verliehen. So als hätte sich der rechtmäßig so bezeichnete Metropolit von Kiew und der ganzen Ukraine, der Seligste Onufrij mit seinen 95 Bischöfen, 258 Klöstern (in denen 4501 Mönche und Nonnen leben) und über 12.000 Gemeinden mit ihren 11.421 Priestern und 988 Diakonen plötzlich in Luft aufgelöst, nicht nur als seien sie keine Ukrainer, sondern so als seien sie überhaupt nie existent

gewesen. Dies kommt in unseren Augen einem unglaublichen Etikettenschwindel gleich. Ein Skandal ohne Gleichen.

Erstaunlich ist, wie all dies in Europa – welches sich der Menschenrechtspolitik rühmt – ignoriert wird. Einmütigkeit im Tenor: „Es gab keine Ukrainische Kirche – jetzt endlich gibt es sie, und Moskau ist wütend!“ – Diese Verzerrung der Sachlage hat mit der Wahrheit nichts zu tun. Anzumerken wäre hierzulande: Warum hatte Europa seit 1945 keinen Krieg? Dank der Völkerverständigung. Keinesfalls wurde dies erreicht auf dem Wege einer Politik der Ausgrenzung und einer radikalen Völkertrennung wie sie in der Ukraine zur Zeit vorangetrieben, und in die jetzt auch noch die Kirche hineingezogen wird.

Selbstverständlich – und zu unserem größten Bedauern – schlagen diese Ereignisse auf das Leben der Orthodoxie in Deutschland voll durch. Es verbietet sich den Gemeinden der ROK-MP in Deutschland und der ROKA hierzulande als einem autonomen Teil der Russischen Kirche, die Augen zu verschließen und so zu agieren, als ob nichts geschähe. Ist etwa „business as usual“ unter diesen Umständen möglich?

Welche Position soll also die Kirche hier und heute einnehmen? Welche Zeichen sind zu setzen?

Die Gesamtheit der Orthodoxie in Deutschland, bislang repräsentiert durch die OBKD, ist ein teures Gut, an dem wir viele Jahre zusammen mit allen unseren Orthodoxen Brüdern und Schwestern gearbeitet haben. Nach wie vor halten wir den Weg des Zusammenschlusses der Orthodoxie in der Diaspora für vielversprechend und auf manchen Gebieten als einzig gangbar. Unser gemeinsamer Auftritt gegenüber dem deutschen Staat und seinen globalen wie lokalen Strukturen ist unersetzlich. Das Erreichte wird unter der gegenwärtigen Entwicklung nur leiden (vgl. Erklärung unseres Diözesanrats vom 25.09.2018).

Doch widerspricht es der Aufrichtigkeit, wenn wir „gute Miene zu bösem Spiel machten“, so als ginge uns die zerstörerische Kirchenpolitik der heutigen Staatsmacht in der Ukraine und die unbrüderlichen Handlungen des Patriarchats von Konstantinopel, die das Vorgehen der heutigen ukrainischen Staatsmacht befeuern, nichts an.

Leider hat S. E. Metropolit Augustin in seiner Funktion als Mitglied der Hl. Synode des Patriarchats von Konstantinopel seine Unterschrift unter den unseligen „Tomos“ gesetzt und damit signalisiert, dass er diese negativen Entwicklungen zumindest in Kauf nimmt.

Schweren Herzens haben wir uns entschieden, die Mitarbeit der Vertreter unserer Diözese in allen Gremien, für die die OBKD federführend ist und in denen Geistliche den Vorsitz innehaben, die dem Patriarchat Konstantinopel unterstehen, bis auf weiteres ruhen zu lassen. Insbesondere werden vorerst keine Repräsentanten in die Theologische und die Bildungskommission mehr entsandt. Auch unsere Teilnahme an den Sitzungen der OBKD muss vorerst ausgesetzt werden.

Wir sind ebenfalls genötigt, darauf hinzuweisen, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt zwischen dem Patriarchat von Konstantinopel einerseits, das seit 1922 der neuen Theorie anhängt, die gesamte orthodoxe Diaspora sei nur ihm untergeordnet (oder: alsbald unterzuordnen), und all den anderen orthodoxen Landeskirchen, die diesen Monopolanspruch niemals und nirgends anerkannt haben und auf der althergebrachten orthodoxen, dialogisch-konziliaren Struktur bestehen. Uns ist klar, dass anhand der politischen Ukraine-Krise dieser Widerspruch innerhalb der Orthodoxie, den wir als Russische Auslandskirche infolge der Revolution von 1917 ja bereits zuvor schon jahrzehntelang ertragen mussten, nun in einer neuen Form aufgebrochen ist. Für uns ist aber auch offensichtlich, dass die Kirche Christi nicht für geopolitische Interessen instrumentalisiert werden darf, sondern aufgerufen ist, in der Krise einen offenen internen Dialog zu führen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass der Informations- und Meinungsaustausch unter den in Deutschland wirkenden orthodoxen Hierarchen – bei aller Zurückhaltung – auch weiterhin notwendig ist. Wir schlagen daher vor, einen solchen Austausch bewusst in einer anderen Form einzurichten und zu pflegen – organisatorisch notwendigerweise in einem anderen Format als bisher, so lange, bis es zu einer Klärung der grundsätzlichen Fragen und Positionen im Aufbau der orthodoxen Diaspora kommt. Einen solchen zwar anscheinend unverbindlichen aber offenen und positiven Dialog hatte die Deutsche Diözese der ROKA in den Jahren 1993-1997 mit den Vertretern des Moskauer Patriarchats hierzulande initiiert. Ebendieser Ansatz der freien und umfänglichen Diskussion führte letztlich, trotz aller Widerstände, zu der Unterzeichnung des «Aktes der kanonischen Gemeinschaft» (17.05.2007 in Moskau), die beispielhaft die wahre, konziliare Einheit der Orthodoxie aufzeigte. Um eine solche Ausgewogenheit — die zurzeit leider gestört ist — geht es uns auch heute. Möge ein ähnliches Vorgehen auch unter den hierzulande tätigen Hierarchen, Geistlichen und Gläubigen mit der Zeit gute Frucht bringen.

Mit dieser in unserem Herrn und Erlöser verwurzelten Hoffnung verbleiben wir in der Liebe Christi,

brüderlich Ihr

+ *Mark*



MARK, Erzbischof von Berlin und Deutschland